

SPRING IN AFGHANISTAN - TO GO OR NOT TO GO?

Fluchtursachen und Bleibeperspektiven am Hindukusch - Eine Filmdiskussion

26. Oktober 2016, ver.di Rotation in Hannover

Kriege, Terror, politische Verfolgung sowie zahlreiche andere Krisen haben dazu geführt, dass im Jahr 2015 ca. 63,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht waren. Die Frage nach dem „Bleiben oder gehen“ stellen sich Menschen in Krisenregionen nahezu täglich - so auch in Afghanistan. Um einen Einblick in die Situation des Landes sowie über die vielfältigen Fluchtursachen zu erhalten, produzierte das Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan/Kabul den Dokumentarfilm „Spring in Afghanistan – to go or not to go?“. Der Film zeigt aus einer ganz persönlichen Perspektive, was die Menschen in Afghanistan bewegt und wie sie sich mit der Frage „Bleiben oder gehen“ auseinandersetzen. Wie gestaltet sich die aktuelle Lage im Land? Welche konkreten Gedanken bewegen die Menschen und welche Motive beeinflussen ihre Entscheidung? Welche Bleibeperspektive haben Geflüchtete aus Afghanistan in Deutschland? Und wie wirken sich die Fluchtursachen auf das Leben nach der Flucht aus? Um über diese und viele weitere Fragen im Anschluss an den Film zu diskutieren, luden das **Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung** und die **Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V. (AWO)** zu einer gemeinsamen Veranstaltung in die ver.di Rotation nach Hannover ein.

Vor Beginn des Films schilderte **Stefanie Moser**, Referentin im Referat Asien und Pazifik der Friedrich-Ebert-Stiftung, die aktuelle Situation in Afghanistan und die damit verbundenen Arbeitsschwerpunkte des Auslandsbüros in Kabul. Demnach bestehen bereits seit einer längeren Zeit kritische und unsichere Lebensumstände im Land, die dazu führen, dass die Menschen zu Tausenden das Land verlassen oder über eine Flucht



Stefanie Moser

nachdenken. Verantwortlich dafür seien nicht nur nationale Faktoren, sondern auch die Lage in den Nachbarländern sowie die Unstimmigkeiten innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Für eine nachhaltige Verbesserung könne kein Weg daran vorbei führen, Frieden, Sicherheit und auch Arbeitsplätze zu schaffen, so Moser. Obwohl die Stiftung in diesen Feldern schon lange aktiv ist und mit lokalen Partner_innen daran arbeite Institutionen und Jugendprojekte zu fördern, sei es jedoch nicht einfach diese Ziele sowie soziale Gerechtigkeit und Demokratie umzusetzen oder zu etablieren. Schon lange werden auch sehr kontroverse Debatten innerhalb Afghanistans über die Zukunft des Landes geführt. Da diese jedoch oftmals nicht gehört werden, entstand die Idee zum Filmprojekt »Spring in Afghanistan«, welches vom Kabuler Büro gemeinsam mit dem afghanischen Regisseur Mohammad Mehdi Zafari im März/April 2016 realisiert wurde.

Im Mittelpunkt des Films stehen sechs Afghanen, die sehr anschaulich in ihren eigenen Worten schildern, wie sie ihr Leben in Afghanistan sehen und warum sie diesem Alltag entfliehen wollen. Unabhängig vom sozialen Milieu ist der Alltag der Menschen von Armut, Perspektivlosigkeit und Angst um die eigene Sicherheit geprägt. Diese Belastungen scheinen so groß, dass sie dazu bereit sind, die Risiken und Gefahren einer Flucht nach Europa in Kauf zu nehmen. Klar wird auch, dass wer nach Europa fliehen will, die milden Monate nutzen muss, bevor im Herbst Stürme und Schneefälle die Wege in Richtung Europa unpassierbar machen. Durch diese eindringlichen Schilderungen der Einzelschicksale verdeutlicht der Film sehr anschaulich die Hoffnungslosigkeit mehrerer Generationen. Gleichermaßen vermittelt er, wie die vielfältigen Faktoren einander bedingen und zu der jeweiligen Fluchtentscheidung beigetragen haben.

In der anschließenden Diskussion, moderiert von **Simone Schelk**, wurde zunächst die komplexe Situation am Hindukusch intensiver betrachtet. Zunächst stellte Stefanie Moser klar, dass die Mission noch lange nicht abgeschlossen sei. Instabile politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, eine zersplitterte Gesellschaft und zahlreiche weitere Ursachen lassen sich, entgegen der in



v.l.n.r.: Regine Kramarek, Dr. Christos Pantazis MdL, Simone Schelk und Stefanie Moser

Deutschland vorherrschenden Annahme, nämlich nicht schnell mindern. Stattdessen benötigen positive Veränderungen vor allem eines - Geduld. Auch wenn der Status quo nicht ausreichend sei, zeichnen sich allerdings in einigen Bereichen, z.B. in der Bildung und bei Frauenrechte, auch positive Entwicklungen ab, so Moser. Neben Geduld müssten wir aber auch allgemein mehr über die Lage in Afghanistan reden, ergänzte **Dr. Christos Pantazis** MdL und Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Migration und Teilhabe. Die gewisse "Afghanistan-Müdigkeit" in der politischen Debatte dürfe nicht anhalten, denn abgesehen von dem Engagement der Bundeswehr, begegne uns das Thema Afghanistan auch hier in Deutschland. Pantazis erläuterte, dass von den 890.000 Menschen, die im vergangenen Jahr nach Deutschland geflüchtet sind, ca. 100.000 - 150.000 Menschen aus Afghanistan stammen. Ihre Bleibechancen liegen derzeit jedoch nur bei ca. 50 Prozent, da die Lage in bestimmten Regionen ihres Heimatlandes



fälschlicherweise als sicher eingestuft wurde. Diese Entscheidung habe gravierende Folgen, denn somit erhalten die Geflüchteten nur eine geringe Förderung. Da jedoch insbesondere Sprachkurse immer ein Gewinn und die Motivation bei den Betroffenen sehr hoch sei, biete das Land Niedersachsen Sprach-

und Integrationskurse auch unabhängig von der Bleiberechtsperspektive an, so Pantazis.

Die Umsetzung im Alltag und der Zugang zum Arbeitsmarkt gestalte sich allerdings sehr schwierig, betonte **Regine Kramarek**, Gründungs- und Vorstandsmitglied „Unterstützerkreis für Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V.“. Häufig sei es sehr schwierig einen Sprachkurs zu bekommen, da Unterschiede nach der Herkunft gemacht würden.

Diese Diskriminierung nach Kultur dürfe es nicht länger geben, forderte Kramarek. Als Folge entstünden nämlich nicht nur Unverständnis und Enttäuschung, sondern auch das Gefühl der Ausgrenzung sowie gesundheitliche Probleme wie Burn-Out und/oder Depressionen. In diesem Zusammenhang dürfe der Druck, der auf den Geflüchteten laste, nicht außer Acht gelassen werden. Bei der Flucht ging es nicht nur um Leben oder Tod. Sie war auch mit immensen Kosten

verbunden. Gerade deshalb sei der Wille bei den Betroffenen sehr hoch, Arbeit zu finden und das Geld an ihre Familien zurückzuzahlen bzw. diese in der Heimat zu unterstützen.

Christos Pantazis bemängelte in diesem Zusammenhang besonders die Wartezeiten bei den Verfahren. Die Politik müsse schneller handeln, so der Abgeordnete. Zwar konnte die Aufnahmekapazität schnell erhöht und somit auch Obdachlosigkeit vermieden werden. Dass jedoch danach alle Aufgaben von den Kommunen zu bewältigen seien, sei ein großer Fehler der Bundespolitik. Langfristig könne sich die Situation nur verbessern, wenn ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Denn teurer als Integration, sei langfristig gesehen keine Integration, so der Landtagsabgeordnete.

In der gemeinsamen Diskussion mit dem Publikum standen insbesondere die Themen Sicherheit und Integration im Vordergrund. Dabei wurde zunächst in die Debatte eingebracht, dass Menschen in Bedrohungssituationen oftmals keine andere Wahl haben, als zu fliehen. Dieser Umstand fordere die humanitäre Pflicht von uns allen. Besonders heiß wurde auch die Entscheidung diskutiert, nach der mehrere Regionen Afghanistans als sicher eingestuft wurden. Denn auch wenn es teilweise sichere Regionen gebe, werden diese weder publik gemacht werden, noch sind sie es von Dauer. Christos Pantazis stellte klar, dass es sich bei diesem Argument um eine Mogelpackung handele, da die internationale Gemeinschaft einfach nicht bereit sei, den Preis für Sicherheit zahlen.

Gerade weil Afghanistan auf lange Zeit nicht sicher sein werde, müsse der Fokus stärker auf die Lebensbedingungen der Menschen nach der Flucht gerichtet werden. In einem bewegenden Statement eines Geflüchteten wurde diese Relevanz verdeutlicht. Was bedeutet eigentlich Integration und wie kann diese in Zukunft gelingen? Christos Pantazis betonte, dass die Erfahrungen durch die Anwerbeabkommen in Deutschland gezeigt haben, dass eine wirkliche Teilhabe bisher nur unzulänglich stattgefunden habe. Für die Zukunft müsse sich dies grundlegend ändern. Denn nur wenn Menschen einen Zugang zu Sprache, Arbeitsmarkt und dem gesellschaftlichen Leben bekämen, sei ein Ankommen in einem Leben nach der Flucht möglich. Diese Aufgabe sei nur mit Hilfe des teureren Ansatzes der teilhabeorientierten Migrationspolitik sowie durch gesetzliche Grundlagen, u.a. in Form eines Einwanderungsgesetzes, zu bewältigen. Ergänzend fügt Regine Kramarek hinzu, dass in Zukunft auch stärker der Druck und die Ängste von den Betroffenen genommen werden müssten. Denn nur wenn es auch eine Freiheit in den Köpfen gebe, könne ein aktives und vor allem gemeinschaftliches Mitgestalten in der Gesellschaft stattfinden und Verbesserungen für alle erreicht werden.